

VW-Streiks gegen die falschen Verursacher der Misere

[NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)
NAEB 2425 am 9. Dezember 2024

Der wirtschaftliche Niedergang der deutschen Industrie ist die Folge der Energiewende im Namen der Weltklimarettung. Gegen diese Energiepolitik muss demonstriert werden. Der Streik geht jedoch in die falsche Richtung.

Es gibt zwei Gründe für Streiks: Der bekannte ist der Verteilungskampf um die Anteile an der Wertschöpfung. Wenn die Erträge eines Unternehmens durch höhere Wertschöpfung sinken, gibt es auch nichts zu verteilen. Streikerfolge müssen dann aus der Substanz des Unternehmens fließen. Längerfristig schrumpft das Unternehmen und damit auch die Arbeitsplätze.

Wenn die Erträge durch politische Maßnahmen schrumpfen, sollte es zu einem politischen Streik gegen die Regierung kommen. In Frankreich gibt es häufiger solche politischen Streiks. Die Bundesrepublik Deutschland ist bisher weitgehend davon verschont geblieben.

Subventionen verringern Kaufkraft und Investitionen

Es ist inzwischen unbestritten: Die deutsche Politik hat mit der Energiewende die Energiekosten vervielfacht.

Damit werden immer mehr Betriebe unwirtschaftlich, denn Energie ist ein großer Kostenfaktor jeder Fertigung. Doch die letzten Regierungen und verstärkt die nun geplatzte Ampel-Regierung wollen die Energiewende fortsetzen, koste es, was es wolle. Subventionen zur Verbilligung von Industriestrom sollen nun Betriebe stützen. Sie sollen zusätzlich zu den 100 Milliarden Euro jährlicher Subventionen fließen, mit denen schon jetzt die Energiewende gestützt und weiter getrieben wird.

Die 100 Milliarden Euro jährlichen Subventionen sind teilweise gut versteckt. Es sind unter anderem: EEG-Einspeisevergütungen, Regelkosten für den schwankenden Wind- und Solarstrom, Exportkosten für zu viel Wind- und Solarstrom, Ausgleichszahlungen für Industrieabschaltungen bei Strommangel, Ausbau der Stromnetze, Energie- und Klimaberater in den behördlichen Verwaltungen, Bepreisung von CO₂-Emissionen, Subventionen zum Anlauf einer unwirtschaftlichen Wasserstoffwirtschaft und dem Bau von Gaskraftwerken.

Subventionen sind Steuergelder. Steigende Subventionen verursachen höhere Steuern. Die Subventionen verschleiern die tatsächlichen Kosten. Mit höheren Steuern sinken die Kaufkraft der Bevölkerung und die Investitionskraft der Industrie. Umsatzrückgang der gesamten Wirtschaft ist die Folge.

Elektroautos landen unverkäuflich auf Halde

Die Misere bei Volkswagen wurde durch die Energiepolitik hervorgerufen, die mit steigenden Energiekosten eine wirtschaftliche Fertigung verhindert. Hinzu kommt die politische Forderung, auf Autos mit Elektroantrieb umzusteigen, die der Vorstand befolgte. Doch die Kunden haben die Elektroautos trotz Subventionen und Steuervorteilen ignoriert. Das stundenlange Aufladen der Batterie, die geringen Reichweiten und die schwindende Kaufkraft waren dafür maßgebend. Ohne umfassende Marktanalyse wurden nach politischen Vorgaben, die von den Arbeitnehmervertretern und der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung unterstützt wurden, im großen Stil Elektroautos produziert. Bei sinkender Nachfrage landeten immer mehr davon unverkäuflich auf großen Abstellplätzen.



Aus der behördlichen Märchensammlung sind Gespenster hervorgegangen, die Angst und Schrecken verbreiten[1]

Die Misere bei Volkswagen ist durch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Stefan Weil (SPD), und seiner Vertreterin, Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen), die Mehrheit haben, zutagegetreten. Nach all ihren öffentlichen Bekundungen stehen sie hinter der Energiewende zur Weltklimarettung. Jetzt wollen sie Streiks gegen ihre eigenen Beschlüsse organisieren.

Der VW-Vorstand hat an der Misere eine Mitschuld

Der Niedergang des VW-Konzerns ist eine Folge der Energiewende, die Energiekosten immer weiter erhöht und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zerstört. Den Vorstand trifft eine Mitschuld. Die Werksführung hat versäumt, massiv und öffentlich gegen die Folgen der Energiewende Stellung zu beziehen. Vor einer Umstellung der Produktion auf Elektroautos hätten der Kaufwille und die Kaufkraft der Kunden erkundet werden müssen. Gegen die EU-Grenzwerte der CO₂- und NO₂-Emissionen hätte protestiert werden müssen. Sie liegen inzwischen bei den meisten Fahrzeugen unter den physikalisch möglichen Werten.

Die Energiepolitik der Regierung muss bestreikt werden

Ein Streik gegen die Firmenleitung bringt keinen Erfolg. Der Niedergang geht weiter. Arbeitsplätze gehen verloren. Nur ein Ende der Energiewende und die Rückkehr der Energiewirtschaft auf den freien Markt ohne politische Beschränkungen kann eine Besserung bringen. Es muss gegen die Energiepolitik der Regierung gestreikt werden.

Doch für einen solchen sinnvollen Streik besteht wenig Aussicht. Die Gewerkschaften stehen hinter der Energiewende. Das gilt auch für die niedersächsische Landesregierung und möglicherweise auch für weitere Mitglieder des Aufsichtsrates. Eine Wende können nur Wahlen bringen. Leider gibt es nur eine Partei, die AfD, die die Energiewende beenden will. Alle anderen Bundestagsparteien wollen mit der Energiewende das Klima retten. Viele Mitglieder sind Profiteure der Energiewende, die mit teils unbewiesenen, teils bewiesenen falschen Behauptungen die Umverteilung von Arm nach Reich vorantreiben. Obwohl offenkundig absurd, sieht es für eine Abkehr trübe aus.

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
 2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
 3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
 4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
 5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
 6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen
- Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V.i.L. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Literature-94

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
info at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

